



Dezember 2011: Diesmal gingen die 250 Euro an die Solidaritätsaktion „Weihnachten für Alle!“ in der Stadt Bad Belzig. Die von einer breiten Unterstützung getragene Aktion „Weihnachten für Alle“ findet bereits zum dritten Mal statt und stößt auf große Resonanz in der Bad Belziger Bevölkerung.

Aus Verantwortung und nicht aus Populismus – Diana Golze spendet ihre Diätenerhöhung auch 2012

Solange nicht Löhne, Renten und Hartz-IV-Bezüge steigen, solange spende ich an gemeinnützige Einrichtungen in meinem Wahlkreis - auch 2012. Aus Verantwortung und nicht aus Populismus habe ich seit Januar 2008 jeden Monat meine Diätenerhöhung in Höhe von 250 Euro nach Steuerabzug an soziale und gemeinnützige Einrichtungen



im Wahlkreis 61 gespendet. Ich kann es nicht mit meinem Gewissen vereinbaren, die eigenen Bezüge in Zeiten zu erhöhen, in denen alle anderen die Gürtel enger schnallen müssen.

Alle Informationen finden Sie hier: http://www.diana-golze.de/politik/mein_wahlkreis/spendenprojekt_fuer_den_wahlkreis/

Diana Golze
Fraktion DIE LINKE. im
Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Fon: 030 / 22 77 23 29
Fax: 030 / 22 77 63 29
E-Mail: diana.golze@bundestag.de

Wahlkreisbüro
Märkischer Platz 2, 14712 Rathenow
Fon: 0 33 85 / 49 45 21
Fax: 0 33 85 / 49 45 22

Meine weiteren Bürgerbüros
finden Sie unter: www.diana-golze.de

Newsletter 1

Januar 2012, Nr.

1

von Diana Golze zu bundes-, landes- und kommunalpolitischen Themen



Liebe Leserinnen und Leser,

ein ereignisreiches Jahr 2011 ist zu Ende. Viele Bilder und Ereignisse bleiben in Erinnerung: Tsunami und Atomkatastrophe in Japan, der Arabische Frühling, EHEC-Epidemie, der Amok-Lauf in Norwegen, Nazi-Mordserie in Deutschland, Euro-Krise und Occupy-Bewegung... Auch im Land Brandenburg hat sich etwas getan. Brandenburg wurde in den letzten Jahren durch unser Regieren sozialer, ökologischer und demokratischer. Wir haben Spuren hinterlassen. Brandenburg sähe ohne uns anders aus. Konkret:

- es gäbe kein Vergabegesetz mit Lohnuntergrenzen,
- kein Schüler-Bafög,
- keine Diskussion über eine Schule für Alle und nicht
- mehr Lehrer/innen und Kita-Erzieher/innen,
- Brandenburg wäre noch immer Billiglohnland,
- wir hätten kein Kommunalwahlalter mit 16 Jahren und
- über CCS würde nicht diskutiert, sondern es würde angewandt.

Ziel LINKER Politik muss sein, die Probleme der Menschen aufzunehmen, mit ihnen gemeinsam an einer Lösung zu arbeiten und sie in ihrem Wirken zu unterstützen. Die Menschen müssen die Veränderungen durch ihr eigenes Agieren spüren. Dafür werde ich mich auch 2012 weiterhin einsetzen. Ich wünsche Ihnen ein gesundes, friedliches und erfolgreiches neues Jahr!

Ihre Diana Golze

Spruch des Monats

Die Geschichte bleibt!
Sie lässt sich weder entsorgen noch bewältigen oder hinter
Schlussstriche zwingen. Lothar Bisky

TERMINE

13./14. Januar
Klausur der
Bundestagsfraktion

15. Januar
Luxemburg-Liebnecht-
Ehrung 2012, Berlin

16. Januar
Politischer Jahresauftakt
der LINKEN, Berlin,
Kino Kosmos

**16.-20. Januar
und 23.-27. Januar**
Sitzungswoche des
Deutschen Bundestages

20.-29. Januar
DIE LINKE auf der Inter-
nationalen Grünen Woche;
Was is(s)t gesund?
Berlin, Messegelände,
Halle 6.2a, Stand 115a

DIE LINKE.
I M B U N D E S T A G

Weichen auf dem Arbeitsmarkt neu stellen

2011 wurde die Chance verpasst, den Aufschwung zu nutzen, um auf dem Arbeitsmarkt die Weichen für mehr Gute Arbeit zu stellen. Auch für 2012 setzt die Bundesregierung auf den Boom der Billigjobs. Das ist fatal für Millionen Beschäftigte, die von ihrer Arbeit nicht leben können. Und es ist fatal für die Gesellschaft, die diese Niedriglöhne auch noch mit Milliarden Euro subventionieren muss.

Ein allgemeiner gesetzlicher Mindestlohn und gesetzliche Vorschriften zur Gleichbezahlung von Leiharbeitern würden mehr Ordnung auf dem Arbeitsmarkt bringen. Doch die Bundesregierung will davon nichts wissen. Sie hat angekündigt, die Minijobs auszubauen statt sie in reguläre, voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse umzuwandeln.

Offen lässt die Bundesregierung, wie sie den Arbeitsmarkt krisenfest machen will. Eine präventive Verlängerung der Sonderregelungen für das Kurzarbeitergeld, wie sie auch die Gewerkschaften fordert, ist überfällig. Statt die Binnenkonjunktur anzukurbeln, will die Bundesregierung weniger Staatsausgaben und -investitionen in Deutschland und Europa. Sie gefährdet damit die erfreuliche Entwicklung, dass seit einiger Zeit wieder mehr Vollzeit- als Teilzeitstellen entstehen.

Klar ist: Einen Kurswechsel in der Arbeitsmarktpolitik wird es 2012 nur geben, wenn der politische Druck auf die Bundesregierung steigt. Daran wird DIE LINKE gemeinsam mit Gewerkschaften, Erwerbsloseninitiativen, Sozialverbänden und viele anderen arbeiten.

Kampf gegen Rechts – den Worten nun auch Taten folgen lassen

Die Kanzlerin bezeichnete in ihrer Neujahrsansprache den Kampf gegen Rechts-Extremismus als Daueraufgabe. Die CSU-Forderung nach einer Beendigung der staatlichen Parteienfinanzierung für die NPD klingt wohlfeil, doch ohne Gesamtkonzept im gesellschaftlichen Kampf gegen den Rechtsextremismus bleibt dies Aktionismus – mit verfassungsrechtlichen Unwägbarkeiten zumal.

Wer den Kampf gegen Rechtsextremismus zur Daueraufgabe machen will, sollte damit beginnen, jene Menschen zu stärken, die tagtäglich im Alltag Widerstand gegen Ausländerfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Neonazismus leisten. Da bleibt gerade die Partei der Bundeskanzlerin

bisher (zu) vieles schuldig. Schlimmer noch, Behörden im von Union und FDP regierten Sachsen kriminalisieren und verfolgen Antifaschist/innen und das CDU-geführte Bundesfamilienministerium reglementiert und verdächtigt gesellschaftliche Initiativen für Courage, Demokratie und Toleranz.

Die Union weigert sich V-Leute im rechts-extremen Milieu abzuschalten, sie garantiert damit der NPD das Parteienprivileg. Der Innenminister Mecklenburg-Vorpommerns jedenfalls ist mit seiner Aussage, dass es zumindest in der NPD-Führungsebene keine V-Leute brauche, in seiner Partei ein einsamer Rufer in der Wüste. Nicht was Silvester gesagt wird ist maßgeblich, sondern was im Alltag getan oder unterlassen wird.

2012 ein Jahr der Lohn-, Renten- und Sozialoffensive

Arbeit muss in unserem Land endlich wieder den Wert bekommen, den sie verdient. Das ist nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern auch ein Gebot der wirtschaftlichen Vernunft. Die Wirtschaftsinstitute sehen Deutschland im nächsten Jahr am Rande der Rezession. Das einzige Gegenmittel ist eine Ankurbelung der Binnenkaufkraft. Deshalb müssen wir 2012 eine Lohn-, Renten- und Sozialoffensive in Deutschland und Europa starten. DIE LINKE setzt darauf, dass die Gewerkschaften auch und gerade in Deutschland ihre Zurückhaltung aufgeben. Es reicht nicht, Abwehrkämpfe zu führen, wir brauchen endlich einen nachhaltigen Anstieg der Reallöhne und -renten.

Wir haben in unserer Gesellschaft eine Gerechtigkeitslücke, die sich immer mehr vergrößert. Wenn die obersten zehn Prozent drei Billionen Euro Vermögen haben, 60 Prozent der Bevölkerung aber gar nichts oder fast nichts, zerstört das nicht nur den Zusammenhalt der Gesellschaft, sondern gefährdet auch die Demokratie. Wenn in unserem wohlhabenden Land Arme deutlich früher sterben als Reiche, dann läuft etwas grundlegend schief. Im Niedriglohnssektor arbeiten über 22 Prozent der Beschäftigten bei uns. Die können jetzt kaum von ihrer Arbeit leben und laufen in eine riesengroße Falle der Altersarmut. Die Politik muss hier endlich mit Mindestlohn und Mindestrente gegensteuern.

Rente erst ab 67 ist ganz brutale Rentenkürzung

2012 wird das Renteneintrittsalter erstmals angehoben - zunächst um einen Monat für diejenigen, die 65 Jahre alt werden. Jeder, der vorher in den Ruhestand geht, muss pro Monat Abschläge hinnehmen - und das bis zum Lebensende. Von den heute 64jährigen hat aber nicht einmal mehr jeder zehnte einen sozialversicherungspflichtigen Job.

Die Linksfraktion im Bundestag hatte im Dezember 2011 nochmals den Antrag gestellt, die Einführung der Rente mit 67 zu stoppen - jetzt im Januar lässt sich CSU-Chef Horst Seehofer in den Schlagzeilen als erbitterter Gegner dieser Reform feiern. Die Reform kann jederzeit rückgängig gemacht werden, wenn der Bundestag beschließt, das Gesetz zurückzunehmen. Und das wäre notwendig! Zur Erinnerung: Auch Seehofers CSU stimmte damals gegen den Antrag.

Seehofers Vorstöße sind nicht glaubwürdig. Seine Kritik ist völlig verlogen. Im Ausschuss für Arbeit und Soziales positionieren sich besonders die Mitglieder der CSU für die Rente erst ab 67. Seehofer hätte mehrfach seiner

CSU-Landesgruppe vorschlagen können, dieses Gesetz nicht mit zu verabschieden - oder mit der CDU und FDP zu verhandeln, dass es zumindest abgemildert wird. Er macht nichts anderes als unverfrorene Wählertäuschung.

Es gibt eine Bestandsüberprüfungsklausel zur Rente mit 67: Die Bundesregierung muss alle vier Jahre eine Einschätzung abgeben, ob unter Berücksichtigung der Arbeitsmarktlage und der sozialen Situation älterer Arbeitnehmer die Anhebung der Regelaltersgrenze bestehen bleiben kann. So heißt es sinngemäß im Gesetz. Im Jahr 2010 hat sie das erstmals geprüft und einen geschönten Bericht voller Allgemeinplätze herausgegeben - sie hält die gesetzliche Auflage also nicht ein. Die soziale Situation älterer Arbeitnehmer lässt es keinesfalls als vertretbar erscheinen, die Regelaltersgrenze anzuheben. Vor allem für Frauen ist die Rente ab 67 Jahren unfair. Von ihnen haben zurzeit nur 3,7 Prozent mit 64 Jahren noch einen sozialversicherungspflichtigen Vollzeitjob. Für die meisten ist die Rentenreform ein gigantisches Rentenkürzungsprogramm.